



Solidarität in Schieflage

Vermögen in Bayern und Deutschland immer ungleicher verteilt

Dr. Thomas Beyer, MdL

Landesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt in Bayern

I. Die Fakten für Bayern

➤ Bayern ist ein reiches Land

Der im Frühjahr 2009 erschienene Sozialbericht der Bayerischen Staatsregierung¹ zeigt: Bayern ist ein reiches Land – reicher noch als der Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer².

Das Nettovermögen an Geld, d. h. nach Abzug der Verbindlichkeiten, beträgt danach:

Geldvermögen je Haushalt in Bayern 54.604 Euro

Geldvermögen je Haushalt im westdeutschen Durchschnitt 44.067 Euro

Kennzeichnend für die Situation in Bayern ist weiterhin, dass hier mehr Haushalte Immobilienvermögen in Form selbstgenutzten Wohneigentums besitzen.

Anteil der Haushalte mit Immobilienvermögen in Bayern 57,7 Prozent

Anteil der westdeutschen Haushalte mit Immobilienvermögen 51,8 Prozent

¹ Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Zweiter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, 2009 (im Folgenden: Sozialbericht Bayern 2009).

² Sozialbericht Bayern 2009, S. 30.

➤ **Geld- und Immobilienvermögen in Bayern – extrem unterschiedlich verteilt**

Die Verteilung des Nettogesamtvermögens (Geld- und Immobilienvermögen, *ohne* Betriebsvermögen) in Bayern zeigt extreme Unterschiede³.

| Gruppen von Vermögensbesitzern | Anteil am Nettogesamtvermögen (Prozent) | Durchschnittliches Nettogesamtvermögen (Euro) |
|--------------------------------|---|---|
| 1. Zehntel | ./. 0,3 | ./. 4.942 |
| 2. Zehntel | 0,2 | 3.898 |
| 3. Zehntel | 0,8 | 14.495 |
| 4. Zehntel | 1,8 | 35.123 |
| 5. Zehntel | 3,9 | 75.523 |
| 6. Zehntel | 7,2 | 137.653 |
| 7. Zehntel | 10,7 | 206.327 |
| 8. Zehntel | 14,6 | 280.257 |
| 9. Zehntel | 20,1 | 386.861 |
| 10. Zehntel | 41,0 | 789.944 |

➤ **Oligarchie der Besitzenden – und das Betriebsvermögen ist noch unberücksichtigt**

Demnach besitzt also eine kleine Minderheit die Mehrheit des Gesamtvermögens im Freistaat: Die vermögendsten 10 Prozent der Bevölkerung verfügen mit 41 Prozent über einen größeren Anteil am Gesamtvermögen als 80 Prozent der Menschen in Bayern, die „oberen“ 20 Prozent gemeinsam sogar über weit mehr als die Hälfte (61 Prozent) des gesamten Vermögens in Bayern.

Die bittere Kehrseite der Bilanz: 30 Prozent der Haushalte in Bayern haben zusammen nicht einmal 1 Prozent des Gesamtvermögens im Freistaat in Händen.

Dabei vermittelt der Sozialbericht Bayern 2009 **sogar noch** ein **beschönigendes Bild** der wirklichen Lage.

So bleibt in der der Auswertung zugrundeliegende Methodik der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) das Produktivvermögen, d. h. der Besitz von bzw. die Beteiligung an **Betriebsvermögen unberücksichtigt**⁴.

³ Sozialbericht Bayern 2009, S. 151, Angaben jeweils bezogen auf die Haushaltsebene.

⁴ Sozialbericht Bayern 2009, S. 148.

Der Sozialbericht gesteht ein, dass „das Durchschnittsvermögen im obersten Vermögensdezil erheblich höher“ wäre⁵, „würde man die Betriebsvermögen einbeziehen“. **Zusätzlich** ist zu beachten, dass bei der EVS **Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von über 18.000 Euro gar nicht enthalten** sind. Es fehlt also ein Großteil gerade der Haushalte, bei denen besonders hohe Vermögen zu erwarten sind⁶.

II. Bayern und Deutschland auf dem Weg in die vermögenslose Gesellschaft

Der Sozialbericht Bayern 2009 bestätigt letztlich nur Erkenntnisse der neueren sozialwissenschaftlichen Forschung, vor denen die Politik freilich zu lange die Augen verschlossen hat. Bayern und Deutschland befinden sich auf dem Weg in die vermögenslose Gesellschaft. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. In der Breite der Gesellschaft sind kaum noch nennenswerte Vermögenswerte vorhanden.

Die Dramatik der Situation wird deutlich aus der Analyse der Vermögenserhebung im Rahmen des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)⁷. Das SOEP erfasst die Vermögenskomponenten umfassend, u. a. auch durch **Einbeziehung von Betriebsvermögen**.

Die wesentlichen Ergebnisse fasst das DIW so zusammen:

- Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland verfügten im Jahr 2002 über kein oder nur ein sehr geringes individuelles Nettovermögen (Geld- und Realvermögen).
- Im Gegensatz dazu besitzen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung knapp 60 Prozent des gesamten Vermögens.
- Das oberste Prozent (!) allein kann mehr als 20 Prozent des gesamten Vermögens auf sich vereinen.
- Die untersten 70 Prozent haben dagegen einen Anteil am Gesamtvermögen von noch nicht einmal 10 Prozent!

⁵ S. 151, unter Annahme einer Steigerung um 17,4 Prozent.

⁶ Vgl. Sozialbericht Bayern 2009, S. 148.

⁷ DIW Wochenbericht Nr. 45/2007, S. 665 ff.

III. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter

➤ Erbschaft und Schenkung verstärken Ungleichheit

Ein nicht unwesentlicher Teil der Vermögensbildung wird durch private Vermögens-transfers ermöglicht, d. h. durch Erbschaften und Schenkungen. So werden in Deutschland pro Jahr rund 36 Mrd. Euro vererbt und weitere 14 Mrd. Euro durch Schenkung übertragen. Personen und Haushalte mit einem höheren Einkommen und bereits vorhandenem Vermögen sowie höherer Bildung erben sowohl häufiger als auch höhere Beträge. Im Ergebnis wird so durch Erbschaften und Vermögensweitergabe durch Schenkungen die Ungleichheit in der Vermögensverteilung noch verstärkt⁸.

➤ Die Weltwirtschaftskrise macht Reiche noch reicher

In diesem Zusammenhang ist auf eine bislang wenig diskutierte Folge⁹ der Bewältigung der aktuellen Weltwirtschaftskrise zu verweisen. Ihr wird überwiegend mit kredit-finanzierten staatlichen Konjunkturprogrammen begegnet. Die Zinsen hierfür werden aus Steuern aufgebracht und belasten den Haushalt. Damit werden die Handlungsspielräume des Staates zukünftig weiter eingeschränkt, was insbesondere Abstriche bei den staatlichen Sozialausgaben erwarten läßt. Das gängige Argument, eine steigende Staatsverschuldung belaste die nachfolgenden Generationen, ist aber nur unter dieser Perspektive richtig. Tatsächlich stehen dem Forderungen der Gläubiger des Staates gegenüber, die über den Zinsertrag zu einer Steigerung des Vermögens derjenigen führen, die jetzt schon mehr Geld haben, als sie brauchen und es deshalb verleihen können. Diese Forderungen gehen auch nicht unter, sondern werden an die nächste Generation vererbt.

➤ Besteuerung von Eigentum – in Deutschland so niedrig wie fast nirgendwo

Die verbreitete Ansicht, dass in Deutschland Eigentum überproportional hoch besteuert wird, ist unzutreffend: Mit einer **Quote von 0,9 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt** (Stand 2007) liegt Deutschland in Sachen Erbschafts-, Schenkungs-, Vermögens- und Grundsteuer deutlich hinter anderen Industrienationen¹⁰.

| Land | Eigentumsbesteuerung in Prozent des BIP |
|----------------|---|
| Großbritannien | 4,6 Prozent |
| Südkorea | 3,7 Prozent |
| Frankreich | 3,5 Prozent |
| USA | 3,1 Prozent |
| Spanien | 3,0 Prozent |

⁸ Sozialbericht Bayern 2009, S. 152.

⁹ Manfred Kallenbach sei für diesen Hinweis im Januar 2009 herzlich gedankt.

¹⁰ OECD Revenue Statistics 2008.

➤ Immer mehr Millionäre in Deutschland

Im September 2007 stieg die Zahl der Personen in Deutschland mit einem Vermögen von über 1 Mio. Euro um 72.000 (21 Prozent) auf 422.000 an¹¹. Dabei handelt es sich laut Erhebung um eine im internationalen Vergleich überproportional starke Steigerung. 122 Deutsche verfügten zu dem Zeitpunkt gar über ein Vermögen von mehr als 1 Mrd. Euro.

IV. Starke Schultern tragen (nicht) mehr

Die offensichtliche Schieflage im gesellschaftlichen Gefüge zwischen Arm und Reich wird von interessierter Seite geleugnet – ja argumentativ sogar ins Gegenteil verkehrt. So verteidigt das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Gutverdiener gegen den Vorwurf, sie entzögen sich der Solidarität der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme¹².

Die 30 Prozent der deutschen Haushalte mit den höchsten Einkommen finanzierten doch mehr als 50 Prozent der Beiträge zu den Sozialversicherungen. Das Sozialstaatsprinzip werde also sehr wohl umgesetzt.

Schaut man sich die Zahlen allerdings genauer an, stellt man fest, dass sie trügen. Aus der eigenen Statistik des IW geht nämlich hervor, dass die Bestverdiener lediglich 17,8 Prozent ihres sog. „Markteinkommens“ aus Erwerbstätigkeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) sowie aus Vermögen, Vermietung und Verpachtung als Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Angehörige der unteren Einkommensgruppen müssen dagegen knapp die Hälfte ihres Markteinkommens oder gar noch mehr (insbesondere bei Ruheständlern ohne entsprechende Einkünfte wegen der Sozialabgabepflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung) für ihre soziale Absicherung aufwenden.

Armin Jelenik kommentiert treffend¹³:

„Genau an dieser Stelle liegt die schreiende Ungerechtigkeit unseres Sozialstaates: Menschen, die eigentlich jeden Euro brauchen, um ihr Leben zu finanzieren, müssen die Hälfte oder sogar noch mehr ihres Einkommens als Versicherungsbeiträge abführen; und diejenigen, die genug Geld haben, entfliehen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in die private Versicherung, obwohl gerade diese leistungsfähigen Einkommen benötigt würden, um den medizinischen Fortschritt und den demografischen Wandel zu finanzieren.“

Es besteht also dringend Reformbedarf. Denn Gerechtigkeit bemisst sich nicht nach absoluten Beiträgen, sondern nach der prozentualen Beteiligung an der Solidarität.“

Stand: August 2009

¹¹ Global Wealth Report der Boston Consulting Group 2008.

¹² IW, Bericht über die Studie „Soziale Umverteilung in Deutschland“, iwd Nr. 23/2009, S. 4 f.

¹³ Siecher Sozialstaat, Reiche zahlen zu wenig, Arme zu viele Beiträge, Nürnberger Nachrichten vom 05. Juni 2009, S. 2.